



<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/11/pompeo-announcement-on-israeli-settlements-places-occupied-palestinians-at-increased-risk/>

NEWS

19. November 2019, 13:54 UTC

Pompeo-Ankündigung zu israelischen Siedlungen setzt unter Besatzung lebende palästinensische Bevölkerung zunehmenden Gefahren aus

In Reaktion auf die Ankündigung von US-Außenminister Mike Pompeo, dass die USA israelische Siedlungen im Westjordanland nicht länger als völkerrechtswidrig und illegal betrachten würden, erklärte der Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit für den Nahen Osten und Nordafrika der US-amerikanischen Sektion von Amnesty International Philippe Nassif:

*„Die Regierung der Vereinigten Staaten hat dem Rest der Welt heute verkündet, dass sie glaubt, die USA und Israel stünden über dem Gesetz, mit der Folge, dass Israel weiter gegen Internationales Völkerrecht verstoßen und Menschenrechte von Palästinenser*innen verletzen kann und die USA sie ausdrücklich darin unterstützen würden.“*

„Die heutige Ankündigung kann und wird die internationalen Rechtsvorgaben nicht ändern, die eindeutig klarstellen: der Bau und Erhalt von Siedlungen in der besetzten Westbank einschließlich Ostjerusalem stellt einen Bruch des Internationalen Völkerrechts dar und läuft auf ein Kriegsverbrechen hinaus. Indem die USA Israel für die Fortsetzung seiner Siedlungs- und Expansionspolitik, die im Kern für die menschenrechtliche Krise in der Region in hohem Maße mitverantwortlich ist, nun grünes Licht erteilt haben, setzen sie die unter Besatzung lebende palästinensische Bevölkerung im Westjordanland einschließlich Ostjerusalem jetzt noch weiter zunehmenden Gefahren aus.“

„Die Ankündigung der Vereinigten Staaten ist nicht nur gegen den internationalen Konsens über die Illegalität der israelischen Siedlungen gerichtet, sondern auch gegen die rechtlichen Verpflichtung der USA, den Genfer Konventionen Folge zu leisten und ihre Einhaltung sicherzustellen.“

„Wir fürchten uns nicht, es hier und jetzt klar und unmissverständlich auszusprechen: keine Ankündigung der Vereinigten Staaten ist in der Lage, die internationalen rechtlichen Vorgaben zu ändern, und wir werden weiterhin keine Mühe scheuen um sicherzustellen, dass Internationale Völker- und Menschenrechtsnormen respektiert und geschützt und alle, die dagegen verstoßen, zur Rechenschaft gezogen werden.“

HINTERGRUND

Die Situation in den besetzten palästinensischen Gebieten wird vorrangig durch zwei internationale Rechtssysteme reguliert - das Internationale Humanitäre Völkerrecht (inklusive seiner Regeln zum Besatzungsrecht) und die Internationalen Menschenrechtsnormen. Weil manche schwerwiegenden Verstöße gegen diese beiden Rechtssysteme als Kriegsverbrechen eingestuft werden könnten, ist hier das Internationale Strafrecht ebenfalls von Bedeutung.

Israels Politik der Ansiedlung von Zivilpersonen auf besetztem palästinensischem Territorium und die Vertreibung der lokalen Bevölkerung laufen grundlegenden Bestimmungen des Internationalen Humanitären Völkerrechts zuwider.

Alle Staaten, die der Vierten Genfer Konvention als Vertragsparteien angehören, und dazu zählen auch Israel und die USA, stehen in der Pflicht, „die Beachtung“ der Konvention „sicherzustellen“. Diese Verpflichtung zur Sicherstellung der Beachtung der Konvention wird zudem so interpretiert, dass sie seitens der einzelnen Staaten ein entschiedenes Handeln verlangt. Darüber hinaus sind durch das Internationale Gewohnheitsrecht alle Staaten dazu verpflichtet, einer rechtswidrigen Situation wie sie durch die israelischen Siedlungen in der Westbank besteht, in keiner Weise Akzeptanz zu verleihen.

Als ein erster Schritt zum Rückbau aller israelischen Siedlungen und der damit zusammenhängenden Infrastruktur in den besetzten palästinensischen Gebieten und zur Rücksiedlung der in den Siedlungen lebenden israelischen Zivilisten nach außerhalb der besetzten palästinensischen Gebiete ruft Amnesty International Israel auf, seine gesamten Siedlungsaktivitäten unverzüglich einzustellen.